
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Entwurf der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o. g. Entwurf.

[\[Courtesy translation in English starting on page 8\]](#)

A. Das Wichtigste in Kürze

- Die Strompreiskompensation wird mit steigenden CO₂-Preisen für den Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen an Bedeutung gewinnen. Die Europäische Kommission sollte daher die Liste der beihilfeberechtigten Sektoren im Rahmen der angekündigten und **unbedingt notwendigen qualitativen Bewertung** um weitere Sektoren ergänzen und insbesondere „Preisnehmer“ berücksichtigen.
- Die **Beihilfeintensität** sollte **mindestens 85 %** erreichen.
- Der DIHK unterstützt das „Cap“ für **besonders Carbon Leakage-gefährdete Unternehmen**, das sich auf **0,5 % der Bruttowertschöpfung** belaufen sollte. Damit wird ein Gleichklang zu den Regelungen für die Begrenzung der Kosten erneuerbarer Energien hergestellt.
- Der DIHK sieht die **Einführung zusätzlicher Konditionalitäten kritisch**, da bereits ausreichend Anreize zur Effizienzsteigerung und Emissionsminderung bestehen. Die vorgeschlagenen **Erfüllungsoptionen müssen angepasst werden**, da sie in der aktuellen Ausgestaltung an der unternehmerischen Realität vorbeigehen.
- Eine jährliche, pauschale Absenkung der **Stromeffizienzbenchmarks** bewertet der DIHK kritisch. Aus Effizienzsteigerungen in der Vergangenheit lassen sich kaum Schlüsse bezüglich zukünftiger Potenziale ziehen.
- Zur Berechnung der **CO₂-Emissionsfaktoren** sollte auf die CO₂-Intensität der auf dem Strommarkt **preissetzenden Kraftwerke** (sog. „marginaler Emissionsfaktor“) auf Ebene der **regional gekoppelten Strommärkte** abgestellt werden.

B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Die Preise für CO₂-Zertifikate im europäischen Emissionshandel sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Dies führt aufgrund steigender Strompreise zu erheblichen Mehrkosten für im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen, vor allem wenn deren Produktion stromintensiv ist. Diese Kosten können in den meisten Fällen nicht an Kunden weitergegeben werden. Um Produktion am Standort Deutschland zu halten und Verlagerungen ins außereuropäische Ausland zu vermeiden, ist die Strompreiskompensation ein geeignetes und notwendiges Mittel. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass zukünftig mehr Strom in industriellen Prozessen eingesetzt werden muss, um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen und den Klimaschutz in den Unternehmen voranzutreiben. Hohe Strompreise erschweren diesen von der Politik getriebenen Umstellungsprozess.

C. Hintergrund

Innerhalb des Europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS) ist es den Mitgliedsstaaten erlaubt, Strompreissteigerungen, die durch die CO₂-Kosten verursacht werden, zu kompensieren. Empfänger solcher Kompensationszahlungen sind bestimmte Sektoren der energieintensiven Industrie, die im internationalen Wettbewerb stehen und höhere Strompreise nicht an ihre Kunden weitergeben können. Es handelt sich entsprechend der Beihilfeleitlinien vornehmlich um Unternehmen aus den Bereichen Rohstoffgewinnung und Grundstoffe.

Deutschland macht von dieser Möglichkeit zur Kompensation seit 2013 Gebrauch. Für das Abrechnungsjahr 2017 haben 322 Unternehmen mit 891 Anlagen eine Strompreiskompensation mit einem Volumen von 202 Millionen Euro erhalten.¹ Die Mittel werden über den nationalen Energie- und Klimafonds bereitgestellt, der sich im Wesentlichen aus Einnahmen aus der Versteigerung der ETS-Zertifikate speist.

Die Kompensation indirekter Kosten des EU ETS (sog. Strompreiskompensation) ist auch in der novellierten Emissionshandelsrichtlinie vorgesehen und wird daher in der 4. Handelsperiode (2021-2030) nach wie vor möglich sein. Die EU-Kommission passt den beihilferechtlichen Rahmen aktuell an. Denn die "Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgaszertifikaten nach 2012" laufen Ende 2020 aus.

Der DIHK hat bereits im Rahmen einer öffentlichen Konsultation im April 2019 Stellung zur Novellierung der Leitlinien für die Strompreiskompensation bezogen. Mit dieser erneuten Stellungnahme beteiligt sich der DIHK an der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zum Entwurf der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021.

¹ SPK-Bericht 2017 der Deutschen Emissionshandelsstelle.

D. Detaillierte Bewertung

1. Beihilfeberechtigte Sektoren

Der DIHK vertritt die Auffassung, dass die Kompensation indirekter Kosten des EU ETS aufgrund absehbar weiter steigender Zertifikatepreise und der im Rahmen der Klimapolitik angestrebten Elektrifizierung industrieller Prozesse zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen an Bedeutung gewinnen wird. Die zunehmende Elektrifizierung wird dazu führen, dass Unternehmen verstärkt von steigenden Zertifikatekosten betroffen und damit auf eine Strompreiskompensation angewiesen sind. Zudem zeichnet sich nicht ab, dass Länder und Regionen außerhalb der EU ähnlich ambitionierte Klimapolitiken verfolgen, die zu vergleichbaren CO₂-Kosten für Unternehmen führen. Es ist deshalb zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Wirksamkeit des EU ETS als Klimaschutzinstrument unerlässlich, dass auch in der anstehenden vierten Handelsperiode ein effektiver und umfassender Schutz vor Carbon Leakage gewährleistet wird.

Alle Sektoren und Teilsektoren, für die durch die indirekten Kosten des EU ETS ein Carbon-Leakage-Risiko entsteht, sollten entstehende Wettbewerbsnachteile durch die Strompreiskompensation ausgeglichen bekommen. Dies gilt insbesondere für „Preisnehmer“, die ihre Mehrkosten nicht an die Kunden weitergeben können. Das können auch Unternehmen außerhalb des Industriesektors sein.

Die im Entwurf der Leitlinien stark gekürzte Liste beihilfeberechtigter Sektoren wird den zuvor beschriebenen Anforderungen nicht gerecht. Das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der von Strompreissteigerungen betroffenen Unternehmen zu schützen und die CO₂-Emissionen signifikant zu senken, würde verfehlt.

Die Europäische Kommission sollte die Liste im Rahmen der angekündigten und unbedingt notwendigen qualitativen Bewertung um weitere Sektoren ergänzen und insbesondere Sektoren, die „Preisnehmer“ sind, berücksichtigen. Die Europäische Kommission sollte umgehend präzisieren, wie die qualitative Bewertung organisiert wird und wie sich Sektoren um die Aufnahme auf die Liste bewerben können.

2. Abschaffung der pauschalen Degression

Die pauschale Degression gefährdet nach Ansicht des DIHK die Wirksamkeit der Strompreiskompensation als *Carbon Leakage*-Schutzmechanismus. Es ist deshalb positiv, dass die Europäische Kommission vorschlägt, die Beihilfeintensität in der vierten Handelsperiode nicht weiter zu kürzen.

Die Beihilfeintensität sollte jedoch mindestens dem in der 3. Handelsperiode maximal möglichen Niveau von 85 % entsprechen. Denn dieses Niveau entspricht auch der in den Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen festgelegten Grenze für den

Ausgleich der indirekten Kosten der Förderung erneuerbarer Energien im Stromsektor. Da die durch das EU ETS verursachten Strompreissteigerungen für einige Branchen höher ausfallen als die durch die Förderung der erneuerbaren Energien anfallenden Strompreissteigerungen, ist eine geringere Kompensation aus Sicht des DIHK nicht zu rechtfertigen. Im Europäischen Emissionshandel erreicht die kostenlose Zuteilung (zur Kompensation direkter CO₂-Kosten) bei den effizientesten Industrieanlagen bis zu 100 %.

3. Neues Cap zur Deckelung der indirekten Kosten

Der DIHK unterstützt den Vorschlag der Kommission, es den Mitgliedsstaaten zu erlauben, für besonders Carbon Leakage-gefährdete Unternehmen eine Obergrenze (Cap) für die anfallenden indirekten EU ETS-Kosten einzuführen. Die Mitgliedsstaaten mit Strompreiskompensation sollten jedoch verpflichtet werden, ein solches Cap einzuführen und dieses auf alle beihilfefähigen Unternehmen anzuwenden

Das Cap sollte sich auf 0,5 % der Bruttowertschöpfung belaufen, in Anlehnung an die Regelung in den Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014 - 2020 für Ermäßigungen des Beitrags zur Finanzierung erneuerbarer Energien. Wichtig ist, dass bei der Berechnung die Bruttowertschöpfung der betroffenen Unternehmensteile berücksichtigt wird.

4. Zusätzliche Konditionalitäten: Energieaudits, Grünstrom, Investitionen

Der DIHK sieht die Einführung zusätzlicher Konditionalitäten kritisch, solange die Stromverbrauchseffizienzbenchmarks weiterbestehen, die bereits ausreichende Anreize zur Effizienzsteigerung setzen. Neue Stromverbrauchseffizienzbenchmarks sollten stets in Absprache mit Unternehmen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit festgelegt werden.

Sollte sich die Europäische Kommission für die Einführung zusätzlicher Konditionalitäten entscheiden, sollten die Unternehmen aus einer breiten Palette an Erfüllungsoptionen wählen können, um den unternehmensindividuell oft unterschiedlichen Situationen durch Flexibilität Rechnung zu tragen. Die vorgeschlagenen Optionen gehen jedoch in der aktuellen Ausgestaltung an der unternehmerischen Realität vorbei und müssten in jedem Fall angepasst werden.

Die Erfüllungsoption „Empfehlungen des Energieaudit-Berichts umsetzen“ sollte auf eine Amortisationszeit von drei Jahren abstellen. Die Bewertung der Verhältnismäßigkeit einer Investition kann nur unternehmensspezifisch vorgenommen werden, da diese u. a. stark von der wirtschaftlichen Situation des Betriebs abhängt. Die Organisation eines kontinuierlichen, internen Verbesserungsprozesses im Rahmen eines zertifizierten Energiemanagement- oder Umweltmanagementsystems, wie EMAS, sollte ebenfalls als Erfüllungsoption gelten.

Die für die Erfüllungsoption „Eigenerzeugung“ vorgeschlagene Anforderung, dass die Erzeugungsanlage mindestens 50 % des Strombedarfs des Unternehmens decken muss, stellt aus Sicht des DIHK eine zu hohe, in der Praxis kaum erreichbare Hürde dar. In der Regel decken Unternehmen nur den kleineren Anteil ihres Stromverbrauchs aus solchen Anlagen. Insbesondere Betriebe mit einem Stromverbrauch im mittleren bis hohen dreistelligen GWh-Bereich haben zudem in der Regel keinen Platz, zusätzliche Anlagen zu errichten. Investitionen in eine hocheffiziente KWK-Eigenerzeugungsanlage sollten in jedem Fall ebenfalls als Option in die Leitlinien aufgenommen werden.

Bei der Erfüllungsoption „Kaufvertrag für CO₂-freie Energie abschließen“ sollte zudem berücksichtigt werden, dass diese ihre Wirksamkeit verliert, solange bestimmte Mitgliedsstaaten die Strompreiskompensation bei Grünstromdirektlieferverträgen (PPAs) mit Verweis auf die Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen verweigern. Zudem bedarf es einer Klarstellung, ob der Begriff „Kaufvertrag für CO₂-freie Energie“ sich tatsächlich auf PPAs oder auch auf andere Formen des Bezugs erneuerbaren Stroms bezieht.

Die Erfüllungsoption „Investitionen in Projekte zur Verringerung der Treibhausgasemissionen“ geht an der unternehmerischen Realität vorbei. Die Strompreiskompensation gleicht Wettbewerbsnachteile gegenüber internationalen Wettbewerbern aus, um Produktionsverlagerungen zu vermeiden. Es handelt sich nicht um Beträge, die den Unternehmen zur freien Verfügung stehen und die daher zum Großteil in Energieeffizienz oder andere Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen investiert werden könnten. Davon abgesehen erscheint die Anforderung einer Investition in Höhe von 80 % des Beihilfebetrags in jedem Fall zu hoch gegriffen.

5. Stromverbrauchseffizienzbenchmarks

Es ist nicht sachgerecht, auf Grundlage historischer Effizienzsteigerungen beim Stromverbrauch durch Extrapolation Schlüsse hinsichtlich zukünftig (jährlich) zu erwartenden Effizienzsteigerungen zu ziehen. Schließlich beeinflusst die Art des hergestellten Produkts den Energieeinsatz wesentlich. In der Regel stellen Unternehmen über mehrere Jahre betrachtet kein einheitliches Produkt her. Bei einer Papierfabrik macht es z. B. einen Unterschied, ob Standarddruckerpapier oder Spezialpapiere produziert werden. Gleiches gilt für die Stahlindustrie, wo zwischen Standardstahl und Qualitätsstählen unterschieden werden muss. So kann der Energieeinsatz bei einer hohen Produktion von Spezialpapieren oder -stählen zwar steigen, die Energieeffizienz des Unternehmens aber gleichzeitig ebenfalls zugenommen haben. Auch das verstärkte Recycling kann zu höheren Emissionen führen. Beim Kupferrecycling ist dies auf die zunehmende Komplexität der Ausgangsstoffe zurückzuführen, deren Nutzung einen erhöhten Energieeinsatz verursacht. Gleichzeitig tragen genau dieses Wertstoffkreisläufe zur Kreislaufwirtschaft bei.

Eine jährliche Absenkung der Benchmarks sieht der DIHK daher kritisch. Stattdessen sollte die Organisation eines kontinuierlichen, internen Verbesserungsprozesses im Rahmen eines zertifizierten Energiemanagement- oder Umweltmanagementsystems, wie EMAS, als Anreiz zur Effizienzsteigerung in den Beihilfeleitlinien verankert werden.

6. CO₂-Emissionsfaktoren

Der genutzte CO₂-Faktor sollte die durch das EU ETS verursachten Strompreiserhöhungen möglichst realistisch abbilden und zu einem Ausgleich der Kosten für die Unternehmen führen. Eine europaweite Vereinheitlichung der CO₂-Emissionsfaktoren liefere diesem Ziel zuwider. Angebracht wäre eine Berücksichtigung der CO₂-Intensität der auf dem Strommarkt preissetzenden Kraftwerke (sog. „marginaler Emissionsfaktor“) auf Ebene der regional gekoppelten Strommärkte. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der in 2019 Kraft getretenen EU-Regeln für den Strombinnenmarkt, die zu einer weiteren Zunahme des grenzüberschreitenden Stromhandels führen werden.

Ansprechpartner

Julian Schorpp
Referatsleiter Europäische Energie- und Klimapolitik
0032 2 286 1635
schorpp.julian@dihk.de

Dr. Sebastian Bolay
Referatsleiter Strommarkt, erneuerbare Energien
0049 30 203 08 2202
bolay.sebastian@dihk.de

Wer wir sind

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.

Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).

A. Our recommendations in brief

- With rising CO₂ prices, electricity price compensation will become increasingly important for maintaining the global competitiveness of the companies concerned. The European Commission should add further sectors to the list of sectors eligible for aid in the context of the announced and **indispensable qualitative assessment**, and should take particular account of "price takers".
- The **aid intensity** should reach **at least 85 %**.
- DIHK supports the **cap for companies particularly at risk of carbon leakage**, which should amount to **0.5 % of gross value added**. This is in line with the rules for limiting the costs of renewable energies.
- DIHK is critical of the **introduction of additional conditionalities**, as there are already sufficient incentives to increase efficiency and reduce emissions. The proposed **compliance options need to be adapted**, as they are not in line with business reality in their current form.
- DIHK is critical of an annual reduction in the **electricity consumption efficiency benchmarks**. It is hardly possible to draw conclusions about the future efficiency potential from past increases.
- To calculate the **CO₂ emission factors**, the CO₂ intensity of the power plants that set prices on the electricity market (so-called "marginal emission factor") should be defined at the level of the regionally coupled electricity markets.

B. Relevance for German businesses

The prices for CO₂ certificates in the European emissions trading system have risen significantly in recent years. Due to rising electricity prices, this leads to considerable additional costs for companies competing internationally, especially if their production is electricity-intensive. In most cases, these costs cannot be passed on to customers. To keep production in Germany and to avoid relocation to non-European countries, electricity price compensation is an appropriate and necessary means. This also applies against the background that more electricity must be used in industrial processes in order to achieve the ambitious climate protection targets and bring climate protection forward within companies. Excessively high electricity prices make this transformative process, which is driven by policymakers, more difficult.

C. Background

DIHK has already taken a position on the amendment of the guidelines for indirect cost compensation in a public consultation in April 2019. With this renewed position paper, DIHK is participating in the European Commission's public consultation on the draft guidelines on certain State aid measures in the context of the system for greenhouse gas emission allowance trading post 2021.

D. Detailed assessment

1. Sectors eligible for aid

DIHK is of the opinion that the compensation of indirect costs of the EU ETS will gain in importance due to the foreseeable further increase in certificate prices and the electrification of industrial processes aimed at reducing greenhouse gas emissions as part of climate policy. Increasing electrification will mean that companies will be increasingly affected and will be dependent on electricity price compensation. Moreover, it is currently not foreseeable that countries and regions outside the EU will pursue similarly ambitious climate policies that lead to comparable CO₂ costs for companies. In order to maintain the international competitiveness of businesses and for the EU ETS to be effective as a climate protection instrument, it is essential to guarantee effective and comprehensive protection against carbon leakage in the forthcoming fourth trading period.

All sectors and sub-sectors for which there is a risk of carbon leakage due to the indirect costs of the EU ETS should be compensated for the competitive disadvantages through electricity price compensation. This applies in particular to "price takers" that cannot pass on their additional costs to customers. These can also be companies outside the industrial sector.

The list of eligible sectors in the draft guidelines, which has been considerably shortened, does not meet the requirements described above. The goal of protecting the competitiveness of companies affected by electricity price increases and significantly reducing CO₂ emissions would be missed.

The European Commission should add further sectors to the list in the context of the announced and absolutely essential qualitative assessment, and in particular, take into account sectors that are "price takers". The European Commission should immediately clarify in public how the qualitative assessment will be organised and how sectors can apply for inclusion on the list.

2. Abolition of the fixed degressivity of aid intensity

In the opinion of DIHK, the fixed degressivity of the aid intensity threatens the effectiveness of indirect cost compensation as carbon leakage protection mechanism. It is therefore positive that the European Commission proposes to keep the aid intensity at a constant level in the fourth trading period.

However, the aid intensity should at least correspond to the maximum possible level in the third trading period (85 %). This intensity also corresponds to the limit set in the guidelines on state aid for environmental protection and energy to limit for the indirect costs of promoting renewable energy in the electricity sector. As the electricity price increases caused by

the EU ETS are higher for some sectors than the electricity price increases caused by the promotion of renewable energies, lower compensation cannot be justified from the point of view of DIHK. In the European Emissions Trading Scheme, free allocation (to compensate for direct CO₂ costs) reaches up to 100% for the most efficient industrial plants.

3. New cap for the limitation of indirect costs

DIHK supports the Commission's proposal to allow member states to introduce a cap on the indirect EU ETS costs incurred by companies particularly at risk of carbon leakage. However, the member states with electricity price compensation should be obliged to introduce such a cap and to apply it to all companies eligible for aid.

The cap should amount to 0.5 % of gross value added, following the rule in the Guidelines on State Aid for Environmental Protection and Energy 2014 - 2020 for reductions in the contribution to the financing of renewable energies. The calculation of the gross value added should take into account the part of the company concerned.

4. Additional conditionalities: energy audits, green electricity, investments

DIHK is critical of the introduction of additional conditionalities as long as the electricity consumption efficiency benchmarks, which already provide sufficient incentives to increase efficiency, continue to exist. New electricity consumption efficiency benchmarks should always be defined in consultation with companies and consider economic feasibility.

If the European Commission decided to introduce additional conditionalities, companies should be able to choose from a wide range of compliance options to take account of the often differing situations of individual companies. However, the proposed options are not in line with the current reality of businesses and would need to be adapted in any case.

The fulfilment option "Implement recommendations of energy audit report" should be based on a payback period of three years. The assessment of the proportionality of an investment can only be carried out on a company-specific basis, as this depends, among other things, heavily on the economic situation of the company. The organisation of a continual internal improvement process within the framework of a certified energy management or environmental management system, such as EMAS, should also be considered as a compliance option.

In the view of DIHK, the requirement proposed for the "self-generation" fulfilment option (the generation plant must cover at least 50 % of the company's electricity consumption) represents too high a threshold that can hardly be achieved in practice. Generally, companies cover only a small part of their electricity consumption with self-generated electricity from such plants. In particular, companies with a medium to high electricity consumption in the three-digit GWh range generally have no space to install additional plants. Investment in a

high-efficient cogeneration plant should in any case also be included as an option in the guidelines.

The fulfilment option "conclude purchase agreement for CO₂-free energy" loses its effectiveness as long as certain member states refuse, often with reference to the guidelines on state aid for environmental protection and energy, to compensate indirect costs in the case of companies signing renewable energy power purchase agreements (PPAs). In addition, it needs to be clarified whether the term "CO₂-free energy purchase agreement" actually refers to PPAs or also to other methods of renewable electricity procurement.

The compliance option "investments in projects to reduce greenhouse gas emissions" misses the reality of businesses. Indirect cost compensation reduces competitive disadvantages vis-à-vis international competitors in order to avoid relocation of production. Companies are not free to use this aid for any purposes, such as investments in energy efficiency or other measures to reduce CO₂ emissions. Apart from that, the requirement of an investment of 80% of the aid amount seems to be too high in any case.

5. Electricity consumption efficiency benchmarks

It is inappropriate to draw conclusions regarding future (annual) efficiency improvements based on historical efficiency improvements in electricity consumption. After all, the type of product manufactured has a significant impact on energy consumption. In general, companies do not manufacture one uniform product over several years. In the case of a paper mill, for example, it makes a difference whether standard printer paper or special papers are produced. The same applies to the steel industry, where a distinction must be made between standard steel and high-quality steel. For example, although the energy input may increase when special papers or steels are produced in large quantities, the energy efficiency of the company may also have increased at the same time. Increased recycling rates can also lead to higher emissions. In the case of copper recycling, this is due to the increasing complexity of the raw materials, the use of which increased the energy needed. The same time, it is precisely these circular uses of materials that contribute to the circular economy.

DIHK is therefore critical of an annual reduction in the benchmark values. Instead, the organisation of a continual, internal improvement process within the framework of a certified energy management or environmental management system, such as EMAS, should be anchored in the aid guidelines as an incentive to increase efficiency.

6. CO₂ emission factors

The CO₂ factor used should reflect the electricity price increases caused by the EU ETS as realistically as possible and lead to a compensation of the costs for the companies. A Europe-wide harmonisation of CO₂ emission factors would run counter to this goal. It would be appropriate to take into account the CO₂ intensity of the power plants that set prices on the

electricity market (the so-called "marginal emission factor") at the level of regionally coupled electricity markets. This is particularly true against the background of the EU rules for the internal electricity market, which came into force in 2019 and will lead to a further increase in cross-border electricity trading.

Contact details

Julian Schorpp
Director European Energy and Climate Policy
0032 2 286 1635
schorpp.julian@dihk.de

Dr. Sebastian Bolay
Director Electricity Market, Renewable Energy
0049 30 203 08 2202
bolay.sebastian@dihk.de

Who we are

The Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK e.V.) is the umbrella organisation of the 79 Chambers of Commerce and Industry (IHKs) in Germany. Our common goal: Best conditions for successful businesses.

In Germany and in Europe, DIHK represents the collective interest of German businesses towards policymakers, administration and the public.

Several million commercial, industrial and services businesses are members of a Chamber of Commerce and Industry by law – from kiosk owners to DAX-listed corporate groups. DIHK and IHKs are consequently a platform for the diverse interests of business.

DIHK also coordinates the Worldwide Network of 140 German Chambers of Commerce (AHKs), Delegations, and Representative Offices of German business in 92 countries.

The DIHK is registered in the European Commission transparency register (No. 22400601191-42).